

Rezension: Serge Embacher, Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land, edition Körber-Stiftung, ISBN:978-3-89684-090-S

Der Politologe Embacher liefert mit seinem Buch „Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land“ einen grundlegenden, gut strukturierten Überblick über die aktuelle innenpolitische Lage, gesellschaftliche Grundkonzepte zum Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie zur notwendigen Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft. Angesichts der aktuellen Erfolge der Piratenpartei kann man ihm nur zustimmen, wenn er schreibt: „Wir dürfen den politischen Betrieb nicht sich selbst überlassen, wollen wir nicht ewig nur über die Binnenlogik von Machterhalt und Hahnenkampf klagen“ (S. 195). Zutreffend beklagt er, dass in Deutschland „die Nutzung neuer demokratischer Ressourcen bisher kaum gelungen ist“ (S. 198) und schreibt dem bürgerschaftlichen Engagement eine „zentrale gesellschaftspolitische Funktion“ zu: Die „alerte, hellwache Bürgergesellschaft“ müsse „auf allen relevanten Themenfeldern präsent“ sein und als „Seismografin, Antreiberin und Bündnispartnerin für die verfasste Politik“ fungieren, als „Korrektiv politischer und ökonomischer Imperative“ (S. 197). Dabei schlägt er als Neuordnung des Verhältnisses den Grundsatz der Komplementarität sowie einen neuen Gesellschaftsvertrag vor.

Das Buch ist ein durchgehender Aufruf zu mehr Selbst- und Sendungsbewusstsein aller bürgerschaftlichen Akteure. Es beschreibt in scharfer, aber zutreffender Kritik – beispielsweise am Gemeinnützigkeitsrecht und an der Förderpolitik (S. 145 f., 153 ff.) – die Widerstände gegen das erforderliche neue Selbstverständnis, etwa seitens der Vertreter der Wohlfahrtspflege im Verhältnis zu neuen, innovativen Trägern, die „chancenlos bei der Akquise öffentlicher Mittel“ (S. 183) sind. Embacher geißelt das weitverbreitete Fehlverhalten von Regierungen bei der Partizipation (hervorragend illustriert am Nationalen Forum für Engagement und Partizipation, S. 126 ff.) und macht zugleich konkrete Handlungsvorschläge, was zu verändern wäre. Auch wenn man nicht jedem seiner Ansätze folgen muss (beispielsweise zum Grundeinkommen, S. 203, oder zu einer dritten Kammer als Bürgerschaftskammer, ebenda), ist etwa die Forderung nach Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Kommunen richtig. Dies gilt besonders vor dem aktuellen Hintergrund der immensen Verschuldung der Kommunen. Auch der von Embacher geforderten „echten“ Reform des Gemeinnützigkeitsrechts und seinem Wunsch nach einem Beauftragten der Bundesregierung für bürgerschaftliche Fragen ist zuzustimmen (S. 204).

Daneben werden wichtige Kriterien wie Offenheit, Transparenz und Achtung der Menschenrechte (S. 180) als handlungsleitende Normen in Embachers Betrachtung nicht vergessen.

Einzig störend ist aus meiner Sicht die ausgeprägte sozialdemokratische Diktion, die Embacher stellenweise zu Widersprüchlichkeiten und Bewertungen verführt, die die allgemeine Zustimmung zur Botschaft des Buches abschwächen können. So ist beispielsweise im Kapitel über die Wirtschaft vom „systembedingten Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit“ (S. 179) die Rede – da hört man den alten Marx förmlich husten, als ob es die erfolgreiche Sozialpartnerschaft und das Modell der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gar nicht gäbe. Da wettet Embacher gegen „Privatisierungstendenzen der öffentlichen Daseinsvorsorge“, deren „profitorientiertes Denken ... nichts zu suchen“ habe in den Bereichen Bildung und Erziehung, Altenpflege etc. (S. 199), da ist die Rede von einer „vollständigen Ökonomisierung aller Bereiche“ (S. 86) und von einer „Verbetriebswirtschaftlichung des Sozialstaatsgedankens“ (S. 107). Als ob in der gesellschaftlichen Realität die Privatschulen nicht eine hervorragende Ergänzungsfunktion wahrnehmen oder der Wettbewerb mit privaten Anbietern im Bereich der (ambulanten) Pflege nicht eine gesteigerte Effektivität auch bei den Wohlfahrtsverbänden bewirkt hätte. Das hat nichts mit Profitabilität zu tun, wohl aber mit sorgsamem Wirtschaften.

Dass Embacher bei seiner Polemik gegen die „liberale Bürgergesellschaft“ und die „Verzweckung“ (S. 112) des Engagements das allgemein anerkannte Prinzip der Subsidiarität gar nicht erwähnt, lässt auf ein grundlegendes Missverständnis schließen: Er schreibt von der „Selbst-Depotenzierung des Staates“ (S. 112).

Wünscht sich der Autor denn im Umkehrschluss einen „potenten Staat“, obwohl er an vielen anderen Stellen den Paradigmenwechsel zu einer neuen Komplementarität zwischen Staat und Gesellschaft ausruft? Woher soll denn dieser starke Staat die Mittel nehmen, in Zeiten sich – auch wegen der Demografie - verschärfender Herausforderungen, gewaltiger Staatsschulden und der verfassungsmäßigen Schuldenbremse? Egal wie viele Fehler der gegenwärtigen Regierung unterlaufen mögen: Der Staat als solcher ist schon längst ein Getriebener und kaum mehr Treiber, weder im finanziellen noch im materiellen Sinne. Aber vom Staatsmonopolkapitalismus sind wir doch wohl weit entfernt.

Die von Embacher propagierte „solidarische Bürgergesellschaft“ (S. 118) will die „Bürgergesellschaft in den Rang einer ‚Koproduzentin‘ wohlfahrtsstaatlicher

Leistungen erheben“ (S. 119). Wenig später geißelt er die schwarz-gelbe Bundesregierung (zu Recht!) dafür, den „Citoyen auf das Maß des helfenden Dienstleisters zurückstutzen zu wollen“ (S. 122). Wo ist da der Unterschied? Embacher fällt hinter seine eigene Idee zurück und bleibt im Grunde selbst dem von ihm kritisierten paternalistischen Bild vom „Vater Staat“ (S. 144) verhaftet. Wie anders lässt sich erklären, dass er die „Entfaltung“ der Bürgergesellschaft ausschließlich von der „staatlichen Förderung und Aktivierung“ abhängig macht (S. 120)? Schon die jetzt erreichte Stärke der Bürgergesellschaft beweist, dass sie sich auch mit einer wahrhaft mickrigen öffentlichen Förderung ganz gut, wenn auch bei Weitem nicht ausreichend, entfalten kann.

Obwohl Embacher schreibt, dass sich bürgerschaftliche Aktivitäten auf Tätigkeiten erstrecken, die „Staat und Wirtschaft weder leisten können noch sollen“ (S. 96), folgt später die gebetsmühlenhaft wiederholte, typisch sozialdemokratische Warnung vor „Monetarisierung“ (S. 158) und „Verdrängung regulärer Beschäftigung“ (S. 159). Wie falsch diese pauschale Aussage ist, kann man schon daran erkennen, dass Freiwillige in Bildungsprojekten noch nie jemand aus irgendeiner Beschäftigung, schon gar nicht aus einer sozialversicherungspflichtigen, verdrängt haben. Und wie sich diese Aussagen mit einer seiner Hauptforderungen nach einer „sinnvollen Verbindung von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit“ vertragen sollen, erschließt sich einem nicht.

Das Buch wirkt dennoch insgesamt sehr ermutigend und optimistisch motivierend. Es ist eine lohnende Pflichtlektüre für jeden an der Weiterentwicklung unserer Demokratie Interessierten und erst recht für die bürgerschaftlich Engagierten und ihre Förderer, die sich zu oft im täglichen sozialkaritativen Engagement verstricken und die gesellschaftspolitische Gesamtperspektive aus den Augen verlieren. Embachers betont strategische Vision hebt die Darstellung wohltuend ab vom alles beherrschenden Klein-Klein des alltäglichen Engagements und des politischen Geschachens um Einzelthemen. Und diese Vision, das „Leitbild Bürgergesellschaft“ (S. 171), setzt klare Maßstäbe, wie wir alle gemeinsam unsere Gesellschaft weiter voranbringen können. „Wir sind – und das macht unsere Zeit voller Irrungen und Orientierungsproblemen so spannend – in einer neuen Phase der Aufklärung und damit der Vorstellungen vom Gemeinwesen“ (S. 196).

Sapere aude! (Kant, 1789)

Loring Sittler ist Politologe und seit August 2008 einer der beiden Leiter des Generali Zukunftsfonds.

Kontakt: loring.sittler@generali.de